

Vorwärts

10 Pfennig

Donnerstag

24. September 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Durcheinander der letzten Stunde.

Luther und Stresemann uneinig? - Hindenburg soll entscheiden. - Paktkonferenz und Kriegsschuld.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ tritt heute morgen in schärfster Form der Annahme entgegen, daß die Regierung einig sei und daß insbesondere der Reichskanzler Dr. Luther mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann übereinstimme. Zwar sei man einig in dem Entschluß, zur Konferenz zu gehen, über die Fragen aber, wer gehen solle und wie die „unverzichtbaren deutschen Bedingungen“ geltend zu machen seien, herrschten Meinungsverschiedenheiten. Wörtlich schreibt er weiter:

Man wird demnach dem heutigen Kabinettsrat nicht nur die formelle Bedeutung beimessen haben, daß er nur bereits im wesentlichen feststehende Beschlüsse der Reichsregierung sanktioniert, sondern erst in ihm dürfte in der Tat die eigentliche Entscheidung fallen. Die gestrige Kabinettsitzung, die etwa von 6 bis 9 Uhr gedauert hat, scheint sie jedenfalls nicht gebracht zu haben. Die Stellungnahme des Reichspräsidenten dürfte somit besonders bedeutungsvoll werden.

Herr v. Hindenburg soll also in den politischen Streitigkeiten der Minister zum Schiedsrichter gemacht werden!

Der „Lokal-Anzeiger“ beschäftigt sich dann mit der Nachricht, daß Luther mit Stresemann zur Konferenz gehen solle, er bezeichnet sie als ein von Entente-Seite stammendes „haltloses Gerücht“ und fügt hinzu:

Wenn man weiter aus diesem haltlosen Gerücht nun gar herausdestilliert, daß sich mit dem Entschluß, Dr. Stresemann zu begleiten, — ein Entschluß, dem doch mancherlei Erwägungen zugrunde liegen könnten — der Reichskanzler mit Dr. Stresemanns Paktpolitik ausdrücklich identifiziert habe, so ist das eine Kombination, deren Rühnheit durch die parteipolitischen Absichten ja ohne weiteres verständlich wird.

Man soll also ja nicht glauben, daß der Reichskanzler und der Außenminister der Rechtsregierung in einer entscheidenden Frage einer Meinung sein könnten. Das ist eine Kombination, die nur von Gegnern der Rechtsregierung aus parteipolitischen Absichten erfunden sein kann. Man steht wieder einmal vorrecht. Die Opposition behauptet die Einigkeit der Regierung — die Regierungspresse bestreitet sie!

Nun ist ohne weiteres zuzugeden, daß der „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die Vorgänge in der Regierung besser unterrichtet sein kann als die Oppositionspresse. Dann ist allerdings zu sagen, daß der „Lokal-Anzeiger“ ungeheuerliche Zustände innerhalb der Rechtsregierung offenbart. Er gibt nicht nur zu, er schreibt es geradezu heraus, daß im Schoß dieser Regierung Uneinigkeit und Ratlosigkeit herrschen, und das in einem Augenblick, der höchste Zielklarheit und Geschlossenheit erfordert.

Die Rechtsregierung wird durch diese Art des „Lokal-Anzeigers“, die Dinge darzustellen, zum Gespött des Inlands und des Auslands gemacht. Geht es so weiter, so werden die Konferenzteilnehmer der anderen Seite Mühe haben, beim Erscheinen der deutschen Delegierten das Lachen zu verbeißen, so sehr werden sie sich dieser konfus Gesellschaft gegenüber als die Ueberlegenen fühlen.

Das wird um so sicherer der Fall sein, wenn die Regierung wirklich der deutschnationalen Schürle nachgibt, die Paktkonferenz irgendwie mit einer Diskussion über die Schuld am Kriegsausbruch von 1914 zu verbinden — eine Verbindung, deren Sinn kein politisch denkender Mensch begreift. Gegen die einseitige Belastung Deutschlands mit der

Kriegsschuld sind schon zahlreiche Regierungserklärungen erlassen worden; die ersten, wirksamsten waren von Sozialdemokraten abgegeben. Sinn und Zweck der Paktkonferenz ist, die Vergangenheit begraben sein zu lassen und für die Zukunft zu sorgen. Ein Versuch, auf der Paktkonferenz oder vor der Konferenz die Schuldfrage neu aufzurollen, kann daher nur als eine Sinnwidrigkeit, wenn nicht als ein Sabotageversuch empfunden werden.

Die Regierung vertritt nach außen nicht eine Parteikoalition, sondern Deutschland. Die Deutschnationalen wollen sich vor ihren Wählern nicht allzusehr blamieren, darum soll sich Deutschland einer Blamage ausweichen. Die Regierung trägt die Verantwortung dafür, daß Deutschland nicht durch die Rücksichtnahme auf deutschnationale Parteibedürfnisse einer außenpolitischen Niederlage entgegengeführt wird.

Der Kabinettsrat.

Berlin, 24. September. Amlich. Das Reichsministerium trat heute vormittag unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten zu einem Kabinettsrat zusammen. Zur Beschlußfassung stand die deutsche Antwort auf die Einladung der alliierten Regierungen zu einer Konferenz über die Sicherheitsfrage. Es wurde beschlossen, die alliierte Einladung zur Konferenz anzunehmen; als deutsche Delegierte werden der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen an der Konferenz teilnehmen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden auch die zur Behebung der gegenwärtigen Leuerungsfrage anzuwendenden Maßnahmen erörtert. Der Herr Reichspräsident brachte dem Reichsministerium gegenüber eindringlich zum Ausdruck, daß alles nur irgend Mögliche geschehen müsse, um die jetzige Preisbewegung im rückläufigen Sinne zu beabsichtigen.

Paris forscht nach dem Kaufpreis.

Paris, 24. September. (Eigener Drohtbericht.) Der plötzliche Umschwung in der Haltung der Deutschnationalen, die Aufgabe ihrer Opposition gegen den Sicherheitspakt wird hier dadurch erklärt, daß es ihnen gelungen sei, von der deutschen Regierung beträchtliche Zugeständnisse zu erlangen. Der Berliner Vertreter des „Zeit Parisien“ meldet seinem Blatt z. B., daß die Ministerkonferenz nach deutscher Auffassung einen vorläufigen Charakter habe und daß der endgültige Abschluß des Vertrages auf einer späteren Konferenz erfolgen soll. Der Widerstand der Deutschnationalen sei nicht so sehr gegen den Westpakt gerichtet gewesen, als gegen die gleichzeitig und parallel laufenden Verhandlungen auch über die Ostverträge. Sobald die Reichsregierung die Formel der Deutschnationalen „freie Hand im Osten“ angenommen habe, werde deren Widerstand verschwinden sein.

Das „Deuore“ stellt fest, daß sich die Deutschnationalen ihre endgültige Stellungnahme zum Sicherheitspakt für die Diskussion des Garantiepaktes im Reichstag vorbehalten. Um nicht gebunden zu erscheinen hätten sie darauf bestanden, daß Luther und Schiele an der Paktkonferenz teilnehmen. Wenn Stresemann allein die Verhandlungen führen werde, würden sie ihn eher angreifen können. Ähnliches habe sich anlässlich der Londoner Konferenz im vorigen Jahr ereignet. Nichtsdestoweniger sei der Damesplan ratifiziert worden und dies würde auch beim Garantiepakt der Fall sein. (Und Luther fährt wahrscheinlich mit nach Locarno.)

Sueida entsekt.

Kolonie Gamelin eingerückt.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Beirut wird gemeldet, daß die französischen Truppen unter dem Befehl des Generals Gamelin in Sueida eingerückt sind. Die Gegenangriffe der Druzen seien abgewiesen worden.

Neue spanische Rif-Offensive.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die spanische Offensive in Marokko hat erneut begonnen. Wie sich das „Journal“ aus Madrid melden läßt, sollen die bei Cebovilla gelandeten spanischen Truppen 15 000 Mann stark zum Angriff übergegangen sein. Diese Operationen seien von der Flotte unterstützt worden. Nach ständigen erbitterten Kämpfen, an denen auch Flugzeuge teilgenommen hätten, sei es den Spaniern gelungen, sich des Berges Ralmuss und Morro Viego zu bemächtigen.

Ein Aufruf Abd el Krim's an Südamerika.

Paris, 24. September. (E.P.) Die „Humanité“ (Rom) veröffentlicht eine Botschaft Abd el Krim an die Völker Südamerikas, in der er erklärt, daß die Nublen ebenso für ihre Unabhängigkeit kämpfen, wie seinerzeit die Südamerikaner das spanische Joch abschüttelten. Das korrumpierte Europa habe kein Recht mehr, die Völker der anderen Kontinente zu beherrschen. Die arabischen Stämme wollten n'ads von England, Frankreich, Italien und Spanien wissen. Die ägyptischen Araber hätten den ersten Schlag gegen die Fremdherrschaft geführt und er hoffe bald den zweiten in Marokko führen zu können. Die Nachricht von einer Verletzung von Abd el Krim's war

folgt; einer seiner Unterführer, Abd el Kasm, hat einen Brustschuß erhalten.

Der erste Heimtransport Verwundeter.

Toulon, 24. September. (W.T.B.) Das Transportschiff „Caroline“, das vom Staat als Hospitalschiff gechartert wurde, ist mit dem ersten Verwundetentransport aus Casablanca hier eingetroffen.

Wenigende französische Soldaten in Saarbrücken.

Saarbrücken, 24. September. (T.L.) Aus unbekanntem Gründen haben vor einiger Zeit eine Anzahl französischer Soldaten hier gemeutert. Einige Soldaten versuchten, auf deutsches Gebiet zu entfliehen, wurden aber im Elsch verhaftet und vom Wehrkriegsgericht zwischen zwei Monaten und zwei Jahren Gefängnis zu Strafen zwischen zwei Monaten und zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein abgeschlagener Angriff.

Polizeipräsidentenrede im Leipziger Stadtparlament.

Leipzig, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer stürmischen Debatte kam es am Mittwoch im Leipziger Stadtparlament. Die Deutschpolitischen beantragten, daß das Kollegium durch den Rat von der Landesregierung die Abberufung des Leipziger Polizeipräsidenten Genossen Fleißner und dessen Stellvertreter fordern soll. Nach lebhafter Aussprache wurde dieser Antrag gegen die Stimmen der Bölkischen abgelehnt, dagegen der sozialdemokratische Antrag auf Verbesserung der Bezüge der Landespolizei, sowie ein weiterer Antrag auf Vermehrung der Polizei mit großer Mehrheit angenommen.

Verfehlte Hoffnungen.

Der enttäuschte bloc national.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 22. September.

Das Entsetzen des Bloc national über die Politik der Regierung Painlevé wird immer größer und damit werden die Hoffnungen auf eine Verständigung mit dem jetzigen Kabinett von Tag zu Tag kleiner. So geht herbe Enttäuschung durch das Lager der Nationalisten, die nichts sehnlicher wünschen, als morgen wieder das Ruder in die Hand nehmen zu können.

Vor allem hatte man in diesen Tagen im Bloc national damit gerechnet, daß es anlässlich der Wahl des Präsidenten der Finanzkommission an Stelle des sozialistischen Abgeordneten Vincent Aurioi zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen den Radikalen und Sozialisten kommen würde. Was sie zu diesem Zwecke tun konnten, haben sie getan! Ihr Liebeswerben um die Radikalsocialisten ging sogar so weit, daß sie sich bereit erklärten, für den radikalen Abgeordneten Henry Simon zu stimmen, von dem sie wußten, daß er den Sozialisten nicht angenehm war. Auch das half nichts! Die erste Ueberraschung wurde den machtlusternen Herrschaften durch die Antwort der Radikalen zuteil, die den Sozialisten Vincent Aurioi wiedewählen wollten. Er ließ sich aber durch nichts von seinem Entschluß abbringen, das Amt des Präsidenten der Finanzkommission nicht wieder anzunehmen. Die Hoffnungen der Nationalisten stiegen wieder; aber auch jetzt vergeblich! Sie mußten ihren Kandidaten Dariae, rühmlich bekannt durch seine Denkschrift über das Rheinland, bald wieder in der Verlesung verschwinden lassen, da die Sozialisten wissen ließen, daß sie für den ehemaligen Innenminister Malon eintreten würden, der bekanntlich unter dem Regime Clemenceau zur Verbannung verurteilt worden war. Außerdem erklärten unsere Genossen sich bereit, mit den anderen Gruppen der Linksmehrheit eine Plenarsitzung zur offiziellen Ernennung des gemeinsamen Kandidaten der Linken abzuhalten. Ihr Wille war, unter allen Umständen eine Ueberraschung zu vermeiden und den Herren des Bloc national einen endgültigen Stich durch die Rechnung zu machen.

Die Plenarsitzung der Linksgruppen fand unter dem Vorsitz des sozialistischen Abgeordneten Comperc-Mareil statt. Die Rechte war geradezu entsetzt! Ihre Enttäuschung wurde vollkommen, als am Tage darauf Vincent Aurioi mit dem Finanzminister Caillaux tatsächlich nach Amerika reiste und 24 Stunden später bekannt wurde, daß der Kammerpräsident Herriot von dem Ministerpräsidenten zu „einem intimen Frühstück“ eingeladen worden war. Die künstliche Zurückhaltung der Presse des Bloc national hatte damit ihr Ende erreicht und nun jagt durch die Spalten der größeren und kleineren Organe, die der Sache der politischen und finanziellen Reaktion dienen, ein Sturm der Entrüstung, des Entsetzens und der Melancholie. Es ist nichts mit dem Zusammenbruch des Linkspartells! So schreibt Emile Buré, der vor Jahren noch Briand's rechter Arm war und heute zu den fanatischen Nationalisten gehört: „Ich habe es ja von jeher prophezeit, ich habe es ja schon am 12. Juli gesagt, daß das Kartell wiederaufstehen würde. Herr Caillaux hat wohl geglaubt, er würde die Sozialisten beruhigen, wenn er an die von ihnen geforderten Finanzreformen heranginge. In Wirklichkeit hat er sie nur noch künfterner gemacht... unter diesen Umständen wird die Bahn wieder frei für Herriot. Das weiß Herr Doumergue und er freut sich keineswegs darüber!“

Im „Gaulois“ stößt Curtius noch wildere Marmorsteine aus: „Malon, das bedeutet Krieg gegen den Senat, Krieg gegen den Geist der Erparnisse und des sozialen Konservatismus...“ Als Beweis dafür zitiert der „Gaulois“ den „Quotidien“, in dem zu lesen stand, daß die Wahl Malon's und die von Caillaux eingebrachten Reformvorschlüge nur dann zu ihrer vollen Auswirkung gelangen könnten, wenn die Linksmehrheit bereit sei, den Kampf gegen den Senat aufzunehmen und das „hohe Haus“ zu zwingen, sich dem Willen des aus dem allgemeinen direkten Wahrecht hervorgegangenen Unterhauses zu unterwerfen.

In der Tat hat Caillaux, gegen den die Sozialisten zum Schluß der Sommeression den Kampf in erster Linie führten, durch die Ausföhrung seines Versprechens, der Kammer zum Wiederzusammentritt bestimmte Beschlüsse vorzulegen, die den Forderungen der Linken weitgehend Rechnung tragen würden, im Lager der Linksmehrheit und besonders auf ihrem sozialistischen Flügel eine starke Entspannung hervorgerufen, über deren Folgen sich die Rechte natürlich ebenfalls nicht im Unklaren ist. Zwar legten sich die Blätter des Bloc national bei der Besprechung dieser Entwürfe anfänglich noch eine gewisse Reserve auf, aber der natürliche Drang, die Privilegien des Besten zu verteidigen, hat trotzdem sehr rasch den Sieg über innerstrategische Erwägungen davongetragen. So fand man z. B. bereits 48 Stunden nach der Veröffentlichung des Budgetentwurfes für 1926 im „Temps“ und in den „Debats“ die schärfste Kritik an der „Fiskalinquisition“, zu der Caillaux wieder zurückkehrte, und an den „demagogischen Zugeständnissen“, die er den Sozialisten machte.

In dieser neuen Atmosphäre entdecken die Wortführer des Bloc national plötzlich, daß die Regierung Painlevé auch auf anderen Gebieten Ziele verfolgt, die sich gegen rechts richten. Der französische Unterrichtsminister, dessen Aufenthalt in Berlin von den nationalistischen französischen Elementen mit starkem Mißtrauen verfolgt wurde, hat z. B. angekündigt, daß er dabei ist, einen Entwurf zur Ein-

Führung der Einheitschule in ganz Frankreich fertigstellen, und zwar entsprechend den sozialistischen und linksradikalen Vorlesungen. Der Ministerpräsident hat darüber hinaus in seiner Eigenschaft als Kriegsgouverneur wissen lassen, daß er in der Herbstsession den Entwurf zur großen Heeresreform, die von den Reaktionen als „gefährliche Utopie“ bekämpft wird, auf den Tisch des Parlaments niederlegen wird. Schließlich verpflichtete sich der Arbeitsminister im Senat, alles daran zu setzen, um endlich das Gesetz zur Einführung der allgemeinen sozialen Versicherung zur Annahme zu bringen, und endlich hat der Sozialist Paul Boncour im Namen der französischen Regierung in Genf ein Friedensprogramm entwickeln dürfen, das die Rechte von jeder als „pazifistische Dufellei“ bekämpft und verspottet hat.

So beginnt man in den Reihen des Bloc national damit zu rechnen, daß dem blutigen Marokkoprozess zum Trotz die Linksmehrheit der Kammer erhalten bleiben könnte, sei es zur Unterstützung des Kabinetts Painlevé, sei es zur Bildung einer neuen Linksgovernment. Mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß es so kommen wird, wäre allerdings vermessen. Klar wird die Situation erst werden, wenn der Nationalkongress der Radikalsozialistischen Partei, der Anfang Oktober in Nizza stattfindet, gesprochen haben wird.

Deutsche Ehrentafel.

Etwas für die deutschnationalen Spürhunde.

Der Alarmruf, den die Deutschnationale Volkspartei anfänglich der bevorstehenden Provinzialwahlen und Kreiswahlen abgefeuert hat, um ihre Disziplin und Bezirksoberine zur Aufführung von Musterbeispielen der „Korruption“ innerhalb der sozialdemokratischen Beamtenschaft anzuschuldigen, fällt mit aller Wucht auf die Kanoniere zurück. Wenn man die „Reinheit“ und „Unbestechlichkeit“ nur einiger weniger in der Deutschnationalen Volkspartei vereinigten Junker, Schlotbarone und Rasterbeamten des alten Regimes unter die Lupe nimmt, dann ist man erschlagen. Hierzu nur einige Beweismittel aus der allerletzten Zeit:

Der deutschnationale Professor Schellenberger, Lehrer an der landwirtschaftlichen Schule in Meisen, wurde am 21. Februar 1924 wegen Hinterziehung der Einkommen- und Umsatzsteuer mit der zehnjährigen Höchststrafe bestraft.

Der deutschnationale Charlottenburger Stadtverordnete Fedler hat, wie die Debatte in der Charlottenburger Bezirksversammlung am 25. März 1924 einwandfrei ergab, sein Ehrenamt als Mitglied der Wohnungskommission zu geschäftlichen Zwecken mißbraucht.

Der dem alten Regime entwachsene Ministerialratmann S. wurde am 7. Mai 1924 von der Reichsdisciplinarkammer mit Dienstentlassung bestraft, weil er Wilhelm „Randelsoffen“, deren dienstliche Bearbeitung ihm anvertraut war, gegen 50 000 R. an Ausländer verkauft hatte.

Der Vorsitzende der Magdeburger Handwerkskammer, der deutschsozialistische Abg. Thierkopf mußte im Sommer 1924 sein Mandat niederlegen, weil er von dem berüchtigten Rahardt, seinem Handwerkskammerkollegen aus Berlin, die Summe von 12 000 Mark als Schweigegehalt angenommen hat.

Der Steuerberater des Pommerischen Landbundes Karl Steer hat im Sommer 1924 ungefähr 24 000 Mark Steuergeider unterschlagen und ist geflüchtet. Sein Nachfolger Dr. Wetterkopf mußte ebenfalls verschwinden, weil er sich den Doktorhut zugelegt hatte.

Unter Leitung und „Mitwirkung“ des deutschnationalen Vandrats und Verwaltungsvorsitzenden Freiherr v. Thielemann richteten sich die Beamten und Angestellten der Kreis- und Stadtgroscheln in Franckenstein in Schlesien mit Hilfe gepumpter Gelder ihrer Rasse eine Art „Nationalobörse“ ein, so daß die Höhe dagegen einzusetzen mußte.

In der zweitägigen „sozialistischen“ Generalversammlung der Magdeburger Bankattentatsgesellschaft, in der eine beträchtliche Anzahl von Schulzinsigern, Grafen und Baronen die Wahrheit der Affäre repräsentierten, wurde dem Bankdirektor Real Untersuchung, Ankreuz, Bucher, Wechselstempel und Steuerhinterziehung nachgewiesen, ohne daß die Herren „Retter“ mit der Wimper zuden und den „Schöbling“ von seinem Posten entfernten.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Großadmiral n. Tirpitz wird von Professor Dr. Thimme des Attentats-

stahls bezeichnet. Tirpitz hat diese Beschuldigung stillschweigend hingenommen!

Herr Viktor v. Rafowski, der Sojus des Millionenhebers Walpe, Mitglied der „Deutschen Adelsgenossenschaft“ und des „Nationalen Klubs“ hat mit der Fittale Forst der Depositions- und Handelsbank unerlaubte Effektengeschäfte gemacht und ist daraufhin fristlos entlassen worden. Er sowohl wie sein Kollege von der „Beamten-Genossenschafts-Bank“ Dr. Junke, ist in der sträflichsten Weise mit den Geldern der Staatsbank, der Preussenkasse und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte umgegangen. Große Feste, Autotouren, Ueberziehung der Konten und eine ungedeckte Schuld von vielen hunderttausend Mark war das Ende vom Lied.

Die gut deutschnationalen Postbeamten, Postmeister Bartel und Postinspektor Nagel von Hermsdorf sind wegen Kredit- und Wechselgeschäften im Zusammenhang mit einem deutschnationalen „Schriftsteller“ und Heiratschwindler Knaut, dem Liebhaber der Hermsdorfer deutschsozialistischen Kreise, aus dem Amt gejagt worden. Das durch sogenannte „Kreditreiterei“ ersichene Geld hat sich durch Autotouren und Setzgelage verflüchtigt.

Rum noch ein Wort über den acht nationalen, treudeutschen, lieberden und grundehrlichen „Landhund“! Erst kam die große Pleite mit den Roggenanleihen in Pommern, dann wurden die großen Steuerunterschlagungen durch einen Angehörten des Landbundes im Kreise Greifenhagen bekannt, etwas später erfolgte der Zusammenbruch einer Hirschberger Landbundesgründung und erst vor kurzem bildete der betrügerische Bankrott der „Landbank“ in Neppen das Tagesgespräch. Jetzt hat die „Niederlausitzer Landbundesgenossenschaft“ mit einer Unterbilanz von 840 000 Mark Pleite angemeldet, kurz nachdem sich die Herren Rittergutsbesitzer durch Abstoßung ihrer Anteilsscheine in Sicherheit gebracht haben. Auch die Reddenburger Landbundesorganisation steht mit ihrem Fehlbetrag von 500 000 Mark vor dem Bankrott. Haftbar sind nach dem zeitgerechten Abzug der Großgrundbesitzer die Einzelmitglieder, d. h. die kleinen Landwirte und Güter, denen man unter der Maske des treudeutschen Liebermanns die Anteilsscheine aufgeschwatzt hatte. Eine Empfehlung für außerordentliche Beförderung im Staatsdienst ist also die Tätigkeit als rasserener Landbundesagitor gerade nicht.

Lumpen und Schwache Menschen gibt es überall, in jeder Organisation, in jeder Partei. Man bleibe uns aber vom Hasse mit der „Unbestechlichkeit“ und „Grundehrlichkeit“ des 100prozentigen Beamten des alten Regimes! Selbst auf Bismarcks Kürassierfestspielzeits der Treue der „Gründerzeit“! Am allerwenigsten aber haben die Deutschnationalen Anlaß, sich über die Moral anderer zu unterhalten oder gar aufzuregen. Ihre ganze Politik ist ein Stück fortgesetzter Unmoral und damit ergibt sich von selbst, von welchem Geiste unsere größte Regierungspartei besetzt ist und was sich hinter der Firma „Deutschnational“ verbirgt.

Sowjetgelder in der Labour Party!

Auffecherregende Andeutungen in der englischen Presse.

London, 24. September. (W.B.) „Daily Graphic“ meldet, das Ministerium des Innern habe eine Sammlung von Kopien von Dokumenten erhalten, von denen versichert werde, daß sie die von der Sowjetregierung für Propagandazwecke in England in der Zeit von 1922 bis April d. J. geleisteten Zahlungen aufweisen. Ein Sondervertreter dieses Blattes habe diese Kopien selbst gesehen. Die angeführten Zahlungen belaufen sich auf insgesamt 638 161 Pfund Sterling. Gewisse Gewerkschaftsvertreter sollen zusammen etwa 98 000 Pfund und sozialistische Parlamentsmitglieder und hervorragende Führer der Extremisten je 3000 Pfund erhalten haben; die höchste Summe, die ein Propagandist erhalten habe, betrage 5250 Pfund. Die Dokumente geben auch die Namen der Empfänger der Gelder an. Das Blatt bemerkt, daß die Echtheit der Dokumente allerdings noch nicht bewiesen sei; eine amtliche Untersuchung der Angelegenheit sei dringend erforderlich. „Daily Graphic“ sagt sodann, wenn man die Namen der Persönlichkeiten, die Geld empfangen hätten, nennen würde, so würde das eine ungeheure Sensation hervorrufen, aber aus der hand liegenden Gründen könne dies gegenwärtig nicht geschehen.

Blätter vom Schlage der „Daily Graphic“ sind mit Vorbehalt zu genießen. Der „Daily Graphic“ steht der Regierung nahe und

könnte daher sehr wohl diese Mitteilungen aus bester Quelle geschöpft haben.

Daß die kommunistische Internationale im Interesse der russischen Außenpolitik in den meisten Ländern ungeheure Geldsummen für bolschewistische Propaganda innerhalb der Arbeiterklasse ausgegeben hat, steht außer jedem Zweifel. Daß sie es auch in England versucht hat, ist wahrscheinlich. Daß aber die Dokumente, die der „Daily Graphic“ veröffentlicht, echt sind, müßte erst erwiesen werden.

Macdonald und der Sinowjewbrief.

London, 24. September. (W.B.) „Daily Express“ zufolge wird heute ein vertraulicher Bericht des besonderen sozialistischen Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden, der sich mit der Angelegenheit des Sinowjew-Briefes befaßt, und erklärt, Macdonald sei durchaus im Recht gewesen, den Brief zu veröffentlichen und in Moskau Protest einzulegen. Als britischer Premierminister und Staatssekretär des Äußeren habe er nicht anders handeln können. Macdonald habe das Dokument für echt halten müssen, wenn auch das seither erlangte Beweismaterial es wahrscheinlich mache, daß es gefälscht war. „Daily Express“ sieht hierin eine erste Gegenaktion gegen die von den Kommunisten auf der bevorstehenden Jahreskonferenz der Arbeiterpartei in Liverpool geplanten Angriffe auf die Führer der Arbeiterpartei.

Die „Rettung“ naht.

Der Sekt soll billiger werden.

Im „Deutschen Offizier-Bund“, dem Organ des gleichnamigen Verbandes, preist eine süddeutsche Sektellerei ihr Erzeugnis folgendermaßen an:

Zum bevorstehenden Geburtstag unseres beliebten und allverehrten Herrn Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten offerieren wir das nationale Festgetränk des deutschen Volkes, die führende Marke

Hindenburg-Sekt.

Seine Erzellenz Herr Generalfeldmarschall und jetziger Reichspräsident hat mich mit Schreiben vom 2. Mai 1923, Tagesbuch Nr. 933, ermächtigt, meinen neuen Sekt mit seinem Namen zu bezeichnen.

Einer anderen ebenfalls süddeutschen Sektfirma schien wohl ein solcher Appell an die patriotischen Gefühle der Offiziere nicht wirksam genug; sie sucht ihre Kunden bei ihren materiellen Interessen zu packen und inseriert in der gleichen Nummer desselben Organs:

Energische Schritte zur Preislenkung

find auch in der Sektindustrie sehr notwendig, denn es geht nicht an, daß in öffentlichen Lokalen eine Flasche Riesling-Sekt 15 bis 20 R. kostet. Für dieses Geld erhalten Sie bei mir in bestimmter gleicher Qualität fünf Flaschen Sekt statt einer, wenn Sie meinen Flaschenvermögen, aus hochwertigen deutschen Rieslingweinen hergestellten Sekt, Marke „Hauspils-Riesling“ kaufen.

Rum haben die Herren Offiziere ja die Wahl: Sie können patriotischen Hindenburg-Sekt trinken oder Sie können fünf Flaschen statt einer den Hals brechen, wenn Sie sich für Hauspils-Riesling entscheiden.

Dem ganzen Volke aber wird bei diesem letzten Inserat wohl werden: es ist Breche geschlagen, der Preisabbau ist im Gange — der Sekt, das „nationale Festgetränk des deutschen Volkes“ wird billiger! Und jeder kann sich einen Sekttrouff zulegen, wenn ihm der Magen zu sehr knurrt.

Zusammentritt des thüringischen Landtages. Der Präsident des thüringischen Landtages hat auf Grund der Verlesensratsung den Landtag auf den zwölften Oktober einberufen. Der Landtag wird sich zunächst auf Wunsch der SPD. und KPD. mit der Amnestievorlage der Regierung befassen.

Ein tschechisches Flugzeug mußte in Sachsen notlanden, überschlug sich und ging mitten in der Wälder gegen bei Fredeburg nieder. Der schwerverletzte Piloter soll verhaftet sein. An der meist gebirgigen und waldigen deutsch-tschechischen Grenze sind solche Grenzverletzungen nicht selten und sind bisher immer still beigelegt worden.

Romantik nach modernem Schnitt

Eine Premiere im Theater am Kurfürstendamm ist immer irgendwie ein Galaabend. Die Stimmung des ohnehin festlichen Hauses wurde gestern durch mehrere Umstände noch festlicher. Eine neue Direktion — Sollenburg — gibt auf der umgebauten und vergrößerten Bühne ihr Debüt. Franz Molnar, der beliebte Opernregisseur, hat die letzten Proben seiner neuen Komödie „Der gläserne Pantoffel“ selbst geleitet. Das elegante Berlin feiert die Veranstaltung als gesellschaftliches Ereignis auf und spürt sich nebenher auf eine literarische Ueberhöhung, auf eine episch-schillernde Unterhaltungsfeier. Eine Ueberraschung erlebte der Snob in der Tat: er bekam in der Komödie, die sonst durchaus von heute ist, einen gehörigen Schuß Lyrik kredenzte, und zwar so: Frau Adele, angefahrte Besitzerin eines Pensionats, beschließt, um den Fährnissen ihres gefährlichen Alters zu entgehen, ihren Mieter Schiposch, einen alten Oriesgram von Möbelschleifer, zu heiraten. Diesen Schiposch liebt aber mit der ganzen Fülle ihres poetischen Herzens die Dienstmagd Irma. Sie versucht, ihr Idealbild von der Heirat zurückzuführen. Er aber hat für mehrere Jahre sein Leben nicht bezahlet und gerät trotz seiner scheinbaren Energie ganz unter den Einfluß seiner Wirtin Adele. Die Hochzeit findet statt. Aber Irma inszeniert einen Skandal, indem sie die Seitenhänge der ältlichen Frau Adele aufdeckt. Zunächst ist dieser tollkühne Schritt nicht von Erfolg gekrönt. Zu sehr ist Schiposch in den Reizen seiner Gläubigerin verfangen. Da beschließt die Dienstmagd, Freudenmädchen zu werden, um die Erinnerung an ihre erste und reinste Liebe in hellerem Licht zu behalten. Vor ihrem Fall wird sie aber von der Polizei gerettet, und Schiposch, von großer Liebe weich geworden, beginnt mit ihr ein neues, vielversprechendes Leben der Liebe und Kameradschaft.

Das ist eine Art „Räthchen von Heilbronn“ in mondänem Plauderstil. Eine Vermengung zartester Lyrik mit realistischer Kleinmaterie, ein Versuch, auf die moderne Komödie aus dem Kleinbürgertum den Reiz romantischer Phantastik aufzupropfen. Der Versuch ist originell, aber nicht ganz gelungen, weil man nicht weiß, ob der Dichter sentimental oder ironisch oder bloß witzig sein will. Immerhin enthält das Spiel einige entzückende Szenen. Es zeigt, wie die großen Tragödien des Lebens aus lauter kleinlichen Anlässen entstehen. Es enthält neben einer Fülle von Banalitäten Züge von menschlicher Tragik, die trotz des leichteren Plauderens erschüttern. Nur der letzte Akt macht einen improvisierten Eindruck. Er erscheint wie eine Sammlung von Aktchiffen. Die Augenblicke denkt man, das Spiel ist aus und dann geht es doch immer noch weiter.

Die Inszenierung, für die Emil Lind verantwortlich zeichnet, ließ die Zweifelspaltigkeit der Komödie an sich nicht vergessen. Trotz des Aufgebots großer Namen war eine Einheitslichkeit nicht zu spüren. Am bewundernswürdigsten war die übermenschliche

Leistung der Souffleuse. Rosa Valetti, sonst eine prächtige Darstellerin angefaulter Menschen, war ihrer Rolle am wenigsten gewachsen. Max Pallenberg, der den Möbelschleifer Schiposch gab, verlieh dieser galligen Type ergreifende Züge der Verkommenheit und Tragik und löste doch ab und zu aus dem Herzen kommende Heiterkeit bei der Zuschauerenschaft aus. Die zarteste Figur war wiederum Käthe Dorch als poetisch-mystisch angehauchte Dienstmagd Irma — ganz Poesie, Hingebung und Andacht. Ein Mensch, dem die Herzen zustimmen müssen, auch wenn er Ueberspanntheiten daherkloppt. Die Aufnahme des Stückes war geteilt.

Ernst Degner.

Londoner Spätsommer. Im September ist London mild und gütig. November und Februar mit ihrer endlosen Dämmerung, wenn sich Tag und Nacht unbemerkt die Hände reichen und für vierzig, für sechzig Stunden kein Lichtstrahl des Tages durch die gelb-schwarze Nebelwand bricht, mögen besser die Stadt als das zeigen, was sie wirklich ist: eine trost- und erbarmungslose Steinwüste, in der sich unter einem ewig grauen Himmel ein nervöses, weifenloses Leben entfaltet; Frühsummer mag mit seinem launischen Aprilwetter ihren Charakter offener enthüllen. Im September aber beginnt London zu strahlen. Die Sonne steht am selbigen Himmel, und die Straßenstrahlen glänzen wie die Gesichter von Liebenden. Alles ist so unverhofft hell und frei. Die Menschen eilen fröhlicher von ihrer Arbeit nach Hause; das hoffnungslose Nebeneinander scheint aufgehoben und eine unsichtbare Brücke von Mensch zu Mensch führen. Alles freut sich seines Daseins — das Leben scheint ohne Schwere zu sein, nicht mehr ein ewiger aussichtsloser Kampf um tägliche Brot. Die Stadt selbst, in der die Menschen — wie die Häuser durch nichts zusammengehalten — sonst auseinanderzufallen scheinen, wird eine Einheit wie Wien oder Paris, und selbst die armseligen Mietskasernen der Nebenstraßen und Vorstädte, die ausdruckslos und einformig wie Rekruten in Uniform aufgerichtet sind, bekommen etwas von dem großen Leuchten ab, das in der Luft liegt. Die Straße, die gestern noch nichts weiter als Mittel zum Zweck war, erhält ihr eigenes Leben und die Straßenmusikanten, die Blumenverkäufer, die ihre Karren schieben und dabei durchdringende Rufe ausstoßen, haben gute Tage.

Die großen Parks, diese Inseln im Meere der Stadt liegen verzaubert im Lichte der milden Sonne. Das tiefe Smaragdgrün der Rasen strahlt, wie von innen heraus erleuchtet, und die alten Bäume schauern in ihr dunkles Laub wie in Mäntel gehüllt. Sanfter geht der Pulsschlag des Lebens, und der melodische Stundenklang der Glocken von „Big Ben“, der von der Themse herüberklingt, ist ohne Mahnung zur Hast.

Abends erstrecken die Laternen und tausend Lampen der Stadt in weidern Gelb und Rot. Trafalgar-Square liegt in der Dämmerung der frühen Nacht. Ein leichter Dunst ist in der Luft, eine Ahnung von Herbst und Nebel.

G. W.—r. (London).

Ein Denkmal für Joseph Haydn soll in Offenbach, der neuen Hauptstadt des Rheinischen Bundeslandes, errichtet werden. In der berühmten Landstraße viele Jahre als Leiter der Revue des Fürsten Eberhard gestellt hat. Das Denkmal wird von der Offenbacher Bergische aufgestellt werden, in der die Gebeine des Komponisten beigesetzt sind.

Eine Olympiade von Landerziehungsheimen. Vom 19. bis 21. September hatten sich die deutschen Landerziehungsheimen (Dr. Völk) im Landerziehungsheim Schloss Eppersburg bei Weimar zur Feier ihrer diesjährigen Olympiade versammelt. Um zwei große Gedanken gruppierten sich die Darbietungen, den gymnasialen (Sport und Turnen) und den musischen (Musik) im Belreben, die pädagogischen Ziele der Landerziehungsheimen weiter und höher zu stellen. In der Tat legte das Fest, geleitet vom Oberleiter der Heim, Dr. Andreessen, Zeugnis ab von dem Wert der Durchdringung des Schullebens mit gemeinschaftsbildenden Kräften, wie sie vor allem im Zusammenleben im Schulheim und Zusammenwirken in körperlichem Wettspiel und musikalischen Darbietungen erzeugt werden. In die Olympiade schloß sich eine Verammlung des Vereins „Der Freunde der Landerziehungsheimen“ an, worin der Wunsch laut wurde, es möchten sich einmal alle Landerziehungsheimen und Schulgemeinden Deutschlands zu einer großen gemeinsamen Olympiade zusammenschließen.

Eine Frau von 68 Jahren, die Mutter wird. Aus Wallafodid wird englischen Blättern gemeldet, daß eine Frau namens Borezo in ihrem 68. Lebensjahr ihren 29. Sohn geboren hat. Trotz dieser zahlreichen Nachkommenchaft hat die Frau keine Tochter. Während nun die englischen Klerge, die darüber befragt wurden, im allgemeinen der Meinung sind, daß es sich hier um einen Rekord handle, sowohl was das Alter der Mutter wie die Zahl der Kinder betrifft, macht ein Arzt auf den glaubwürdig überliefereten Fall der Ellen Ellis von Angleen aufmerksam, die im Mai 1776 im Alter von 72 Jahren im 46. Jahr ihrer Ehe ein Kind geboren hat. Auch vor 8 Jahren soll eine Frau in Heartshire in ihrem 70. Lebensjahre Mutter geworden sein.

Der Vortrag von Gerhart Hauptmann im Herrenhaus, der am 7. Oktober stattfand, muß auf die Zeit zwischen dem 20. und 25. Oktober verlegt werden. Die gelösten Karten behalten Gültigkeit.

Das Eröffnungskonzert der Volksbühne am Sonntag im Theater am Bülowplatz (Leitung Kempner) beginnt prägnant 7 1/2 Uhr.

Jargreie Kunsthaus Berlin 1925. Ein Saal der Ausstellung wird eine größere Anzahl Malereien abelntlicher lebender Künstler zeigen. Viele Malereien sind von einem deutschen Diplomaten während seines mehrjährigen Aufenthalts in Westafrika u. T. unmittelbar von den Künstlern selbst, z. T. aus dortigen Kultstätten erworben.

Vorträge. In der Arbeitsgemeinschaft für praktische Psychologie spricht Freitag, 7. Uhr, Kurfürstendamm 45, Dr. Albert Röll über das Thema: „Die unterjährige man das Problem des Oultismus“.

Goethe-Ausstellung im Leipziger Kunstverein. Am 25. Oktober wird im Leipziger Kunstverein eine Goethe-Ausstellung eröffnet werden, in der die Sammlung von Kippenberg in Leipzig, die weitläufigste und bedeutendste in Europa befindliche Goethe-Sammlung, ihre Schätze an Handschriften, Bildern, Büchern, Plakaten und Medaillen aus dem Umkreis der Welt Goethes zeigen wird. Eine Reihe namhafter Gelehrter werden Vorträge halten.

Ein Neandertal-Mensch in der Arin. Der Professor der Petersburger Universität Bonch-Brujowitsch, der seit mehreren Jahren Ausgrabungen in der Arin leitet, hat in der Nähe von Simleropol in der großen Höhle Riß-Rode Knochenreste entdeckt, die er als die Überreste eines Menschen der Neandertalperiode feststellte. In derselben Höhle wurden außerdem Neandertal-Menschen gefunden und ebenso die Reste eines Neandertal-Kindes.

Völkischer Krach.

Geschäftiger und renitentier wie Kommunisten! — Per mit der Kaltwasserheilkunst!

Die Spaltung der völkischen Bewegung in Bayern, die sich seit Monaten durch eine immer schärfere Sprache zwischen der Gruppe Hitler und der Gruppe Ludendorff ankündigt, ist nun durch die Bildung einer eigenen Fraktion der Hitler-Leute im bayerischen Landtag unter dem Namen „Nationalsozialistische Landtagsfraktion“ komplett geworden.

Die beiden Gruppen stehen sich schon seit längerer Zeit völlig feindlich gegenüber. Hitlers „Nationalsozialisten“ hatten geglaubt, der bayerischen „Mentalität“ gewisse Konzessionen machen zu müssen und auf die Betonung des antikeritalen und des „großpreussischen“ Einheitsstaatsgedankens bei ihrer Propaganda bewußt verzichtet. Ludendorffs „Deutschvölkische Freiheitskämpfer“ aber hielten selbst in dem agrarischen und stadttholischen Bayern an ihren bekannten Zielen fest. Nun ist der Krach soweit gediehen, daß die „Medienburger Warte“, die bekanntlich auf Seite Ludendorff steht, ihren süddeutschen Kompatrioten folgende Wahrheiten ins Stammbuch schreibt:

„Wenn sich die nationalsozialistischen Arbeiterpartei zum Teil geschäftiger und renitentier als selbst Kommunisten benahmen, so werden wir Deutschvölkischen in Zukunft rücksichtslos von unserem Hausrecht Gebrauch machen. . . . Wild gewordene Phantasten gehören in die Kaltwasserheilkunst, aber nicht in die Politik. Und wir nehmen an, daß Adolf Hitler mit uns übereinstimmt und rücksichtslos jeden Radaubruder an die frische Luft legt, der es künftighin noch wagt, die völkische Freiheitsbewegung mit Dreck zu bewerfen.“

In Ludendorffs „Völkischem Kurier“, der diesen Dingen natürlich noch viel näher steht, kommt die ganze Wut der feindlichen Brüder, die sich völlig ineinander verhasst haben, noch deutlicher zum Ausdruck. Dort schreibt der „Pressechef“ des Generals über Essers Kampagne gegen Ludendorff:

Fehlte nur noch die ausdrückliche Erneuerung des Kampfrufes vom „Preußen-Ludendorff“, mit dem der bayerische Volksparteiminister Rait am 9. November die Bevölkerung aufregte. Im übrigen war die Rede Essers ein einziges Triumphgeschrei darüber, daß sich die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nach der Entlassung Hitlers aus Landsberg wieder unabhängig gemacht habe von allen „Schurken und Verrätern“, die im Jahre 1924 sich die Führung angemaßt hätten. Bekanntlich führte damals General Ludendorff die Bewegung. Vermutlich gehört also auch er nach der Anschauung Essers zu diesen „Schurken und Verrätern“.

Selbstverständlich gibt dieser letzte und schärfste Konflikt der völkischen Bewegung in Bayern den Rest. Die „Massen“, die an das Führerpaar Hitler-Ludendorff in der Zeit der Inflation und der tiefsten Not glaubten, haben sich schon längst verlaufen. Ludendorff wird seine „Operationsbasis“ in Kürze wohl nach Pommern oder nach Mecklenburg verlegen müssen und Hitler wird Chefredakteur des „Miesbacher Anzeiger“, über Ausschreier am „Oktobersfest“!

Kronprinzenparade.

Vaterländische Frauenvereine in der Front. — Die Schulen aufmarschieren. — Der Janushauer kommandiert den Jungfrauenverein.

Die Ostpreußenreise des ehemaligen Kronprinzen, die dieser unter Bruch seines Versprechens mit großem Tamtam unternommen hat, wächst sich immer mehr zum Falschspielsummel aus. Man kann es der „Frau Kronprinzessin“ wirklich nicht übel nehmen, wenn sie aus dem Gleichgewicht gerät und einen längeren Kurzaufenthalt einziehen muß, nachdem sie — wie das „Westpreussische Tageblatt“ aus Deutsch-Eylau berichtet, den anstrengendsten Wägen auf ihre Gesundheit und ihren Biß durch langanhaltende Paradeaufstellungen der Jungfrauenvereine ausgelegt war.

Die Dame aus Dels erscheint in einem „schlichten weißen Seidenkleid“. Sie drückt jeder der erschienenen Damen (!) die Hand. Sie freut sich, die „Damen beider christlichen Konfessionen begrüßen zu können“, in „ihrem Streben, im Geiste der seligen Kaiserin weiterzuarbeiten“. (Was sagt Frau Hermine dazu?) Sie akzeptiert dann einen poetischen Erguß, der mit den schönen Worten schließt:

Es bindet uns das allerhöchste Band,
Das ist gar fest geknüpft für alle Zeiten:
Die Hohenzollern und das Vaterland,
Die bleiben eins — in alle Ewigkeiten!

Die „Huldigung“ in Janushau aber schlug zweifellos alle anderen Konkurrenzunternehmen aus dem Felde. Hier zog der ganze Kronprinzenverein unter dem persönlichen Kommando des „Kammerherrn v. Oldenburg“ „mit Schneidigkeit“ vorbei. Stolz meldet das „Westpreussische Tageblatt“ dazu:

„Besonders fielen hierbei auch zwei nette kleine Mädel auf, die erakt den Parademarsch mitmachten.“

Man soll den Leuten ihr Vergnügen lassen! Schühengilde, Kreisriegerverein und Hausfrauenverein sollen die Beine schmelzen, so hoch es das Herz begehrt.

Aber was haben die staatlichen Schulen der Republik mit dem privaten Besuchsummel zu tun? Die „Allenstein Zeitung“ berichtet hierüber aus Söhren:

„Wir bemerkten sämtliche Schulen, wobei zu bemerken ist, daß nur diejenigen Kinder daran teilnehmen durften denen die Eltern die Erlaubnis dazu ausdrücklich erteilt hatten.“

Der preussische Kultusminister wird Sorge zu tragen haben, daß dieser Mißbrauch von Schulleitern zu monarchistischen Schaustellungen in Höfen von den Schulleitern auch disziplinarisch verantwortet wird. Ober soll es ungeführt bleiben, wenn die staatlichen Schulen zu offenen Demonstrationen gegen die Republik mißbraucht werden?

Deutschösterreichischer Besuch.

50 Zeitungsteute von drüben in Berlin.

Heute mittag sind die 50 deutschösterreichischen Journalisten in Berlin eingetroffen, die sich seit etwa 10 Tagen auf einer Rundfahrt durch das Reich befinden. Sie ist vom Reichsverband der deutschen Presse als Erwiderung auf die reichsdeutsche Journalistenfahrt durch Deutschösterreich vom September 1921 veranstaltet, die allen ihren Teilnehmern unvergänglich bleibt ob der Herzlichkeit, die ihnen ihren drüben entgegengebracht. So sind aber auch die Deutschösterreicher jetzt im Reich empfangen worden und solche Begrüßung und Aufnahme finden haben und drüben alle friedlichen Reise-gesellschaften aus den beiden deutschen Republiken, die nichts anderes mehr voneinander trennt als die äußerlichen Grenzen, Staatsfarben, Geldbeziehungen und solcher Kleinigkeiten mehr. Im übrigen aber: Reichsdeutsche und Deutschösterreicher, wo immer sie zusammenkommen, sie brauchen nicht viel zu reden und verstehen sich sofort!

Die staatsliche Regierung war aus innerpolitischen Gründen zurückgetreten. Sejmpräsident Bystra ist nun zum Ministerpräsidenten und Außenminister ernannt worden.

Wandernde Stadt.

Sie liegt dicht am Freibad Wannsee, ein einfacher Drahtzaun spielt die Rolle der Stadtmauer, sie bildet ein Reich für sich, in das Unbesugte keinen Eintritt finden. Viele Wandlungen hat diese kleine Stadt durchgemacht bis sie ihr heutiges Aussehen gewann, oft sind die kleinen Häuschen umgestellt worden, haben ihren Platz wechseln müssen, weil die hochverengenden Behörden niemals mit ihrem Standort einverstanden waren, bald war es die Forstbehörde, bald der Kreis, bald der Fiskus, der Einspruch erhob. Auch heute ist die kleine Stadt der Wannseeaten noch nicht zur Ruhe gekommen, einige Häuschen stehen auf problematischem Gebiet und müssen im nächsten Frühjahr unbedingt auf neutralen Boden verpflanzt werden. Dann wird der Boden für die neue Stadt vorbereitet. Kräftige Hände befreien die Holzhäuschen aus der Erde, an zwanzig Männer haken an und tragen eins nach dem anderen auf seinen neuen Fleck. Bald sind sie wieder verankert, Blumenerde wird um sie herumgeschichtet, und endlich wächst auf taulem Strande wieder neues Grün. So hat diese Stadt wohl schon ein halbes Duzend Wanderungen überstanden. Bald waren 60 Häuser, bald nur 10 zu versehen, und immer noch stehen neue Wanderungen in Aussicht, weil die klugen Behörden sich über das Besitzrecht von Grund und Boden scheinbar nicht einigen können.

Zuerst bestand die kleine Stadt nur aus Zelten, die den begehrtesten Freiluftmenschen bei schlechtem Wetter eine Zuflucht waren. Doch allmählich wurde aus der Zeltstadt die kleine Laubstadt. Aber diese Sommerfiedlung des „Bereins der Wannseeaten“ hat wenig Ähnlichkeit mit anderen Garten- und Laubkolonien, denn die Bewohner trieb nicht die Sehnsucht nach der eigenen Scholle nach dem eigenen Garten hierher, sie wollten nur dem Wasser nahe sein, wollten in ihren freien Stunden in Gemeinschaft mit der Natur leben, wollten der Großstadt entfliehen. Und hier ist eine richtige kleine Siedlung entstanden, mit hübschen, schmalen Gäßchen, die sauber gehalten sind, mit einem öffentlichen Platz, und eine große Laube ist sogar feierlich zum Rathaus geweiht worden, denn die Menschen, die hier während des Sommers wohnen, haben sich eine eigene Gemeindeverwaltung gegeben. Der Vorstand des Vereins bildet gewissermaßen den Magistrat. Am wichtigsten ist die Brandkommission, sie wacht über Feuer und Licht, sie achtet darauf, daß die Feuerstelle genügend geschützt ist, ob auch der Petroleumkocher da steht wo er stehen muß, in einem kleinen Behälter, der mit Asbest umkleidet ist.

Hier will man sich erholen, Sport treiben, auf kurze Zeit die Großstadt vergessen und seine Ruhe haben. Deswegen werden alle politischen Gegensätze ausgeschaltet. Man diskutiert hier über diese Fragen nicht, man vermeidet mit sicherem Taktgefühl Gespräche, die zu Spannungen führen könnten.

Ende September wird die kleine Stadt einsam. Nur noch wenige Unentwegte halten aus, die anderen kommen nur am Sonntag zurück. Dann herrscht hier noch auf einige Stunden fröhliches Leben. Aber die Tage werden rauher, und auch die Rutigsten bleiben fort, dann liegt die kleine Stadt verödet da.

Um die Schulärzte im Bezirk Wedding.

Die „mutigen“ Deutschnationalen.

Die Sperrung über nebenamtliche Schulärzte im Bezirksamt Wedding beschäftigte die gestrige Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Wedding. Die sozialdemokratische Bezirksverordnetenfraktion hatte angefragt, welche Gründe zu dieser Sperrung Veranlassung gegeben hätten, welche die Standesvertretung der Ärztschaft ausgesprochen hätte.

Ramens des Bezirksamts legte der Stadtrat folgendes dar: Das Bezirksamt hatte Grund, die Vorträge mit zwei nebenamtlichen Schulärzten nicht wieder zu erneuern. Der eine Herr befindet sich im 68. Lebensjahre und ist den großen Ansprüchen, die der schulärztliche Dienst an ihn stellt, offenbar nicht mehr gewachsen. Als er im März d. J. gebeten wurde, gelegentlich der Gesundheitswoche einige aufklärende Vorträge vor den Schülern der oberen Klassen seiner Schulen zu halten, antwortete er wörtlich: „Teile hierdurch ergebenst mit, daß ich Vorträge in den Schulen abzuhalten ablehnen muß. Ich leide seit längerer Zeit an Magen- und Leberstörungen, die mich mitgenommen haben, so daß meine Kraft durch die erhöhten Anforderungen der Schulen sowie der Privatpraxis völlig absorbiert ist.“ Auch geistig war der betreffende Herr dem schulärztlichen Dienst nicht mehr voll gewachsen. Seine Sprechstunden waren schlecht besucht im Gegensatz zu seinem Nachfolger, dessen Sprechstunden überfüllt waren. Der zweite nebenamtliche Schularzt war nur ausübungsweise beschäftigt. Seine Tätigkeit hat mehrfach die notwendige Gründlichkeit vermissen lassen, er hat auch sonst gezeigt, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Bezirksamt nicht herzustellen war. Dessenhalb hat er sich über Mißstände in der Säuglingsfürsorge und in der Tuberkulosefürsorge ausgesprochen. Aufgefordert, sein Material dem Bezirksamt zum Zwecke der Abstellung der Mißstände zur Verfügung zu stellen, hat er zunächst sich dahin geäußert, daß er erst noch „Material sammelt“ und wiederholt an die Hebergabe des Materials erinnert, dem Bezirksamt überhaupt keine Antwort erteilt. Die Standesvertretung der Ärztschaft hat die Sperrung verhängt, ohne an das Bezirksamt irgendwelche Forderungen zu stellen und ohne auch nur verhandelt zu haben. Eine Besprechung, die vor einigen Wochen mit dem Vertreter der Ärztschaft erfolgte, hat ergeben, daß selbst die Standesvertretung die Forderung auf eine Einstellung der Entlassenen nicht erhebt. Das ist deshalb nicht möglich, weil das Bezirksamt hauptamtliche Schulärzte einstellen will und noch weitere nebenamtliche Schulärzte entlassen muß.

Die darauf folgende Besprechung der Anfrage führte zu einer Beurteilung der Maßnahmen der ärztlichen Standesvertretung und schloß mit der Annahme einer Entschliebung, in der die Wohnnahme des Bezirksamts voll inhaltlich gebilligt wird. Die Deutschnationalen, die auch in der Stadtratsverordnetenversammlung eine gleiche Anfrage eingereicht haben, spielten eine recht klägliche Rolle. Sie hatten nicht den Mut gefunden, ihre Anfrage in der Bezirksversammlung zu stellen, wo sie in Frage hätten Antwort bekommen können, sondern sie schüchtern sich damit in die Stadtratsverordnetenversammlung, wo sie glauben, einen besseren Boden für ihre aus rein politischen Gründen entprossene Anfrage zu finden. Hoffentlich erhalten sie auch hier die nötige Reinigung.

Feuer auf dem Güterbahnhof Tempelhof.

Wegen eines sehr gefährlichen und weithin sichtbaren Feuers wurde in der letzten Nacht die Berliner Feuerwehr innerhalb von 15 Minuten nicht weniger als siebenmal alarmiert. Sogar Reußdörfer und Mariendorfer Feuerwachen wurden alarmiert. Auf dem Güterbahnhof in Tempelhof standen zwei Waggons mit Saurage vollständig in Flammen. Diese gefährdeten den Eisenbahnverkehr. Hausdach schlugen die Flammen und weithin sprühten die Funken. Der in großer Stärke erschienenen Wehr gelang es zum Glück, eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Die beiden Waggons waren nicht mehr zu retten. Angeblich soll das Feuer durch Funkenflug entstanden sein. Ein Fabrikbrand beschäftigte die Wehr abends in der Mittestraße 75, wo ein Raum vollständig ausgebrannt ist.

Der Wilderdiebstahl im Schloß Niederschönhausen.

Zu dem Gemäldediebstahl in Niederschönhausen wird gemeldet, daß der Dieb gestern verhaftet hat, in mehreren Geschäften unter den Linden seine Beute zu Geld zu machen. Er erzählte überall, daß er ein Kaufmann, aber schon 3 Jahre ohne Stellung sei. Nach und

nach habe er seinen Besitz veräußern müssen, und jetzt wolle er auch seine Gemäldes verkaufen, da er nicht wisse, wie er sich sonst noch Geld verschaffen könne. Erst nachdem der junge Mann längst weggegangen war, erfuhr die Kunsthandlenderin von dem Diebstahl und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Der Dieb ist etwa 24 bis 26 Jahre alt, 1,75 bis 1,80 Meter groß, hat ein glattes Gesicht, macht den Eindruck eines gebildeten Mannes, trug einen taubengrauen Mantel und Anzug, ein lila Hemd und wahrscheinlich einen weichen Hut. Er spricht westpreussische Mundart. In einem Geschäft erbat und erhielt er 20 Pf. für die Straßenschnur. Wahrscheinlich wird er jetzt die Gemäldes an anderen Stellen zum Kauf anbieten. Mitteilungen über sein Auftauchen an Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums.

Die temperamentvollen Schwestern.

Nötigung und Körperverletzung.

Die Geschwister C. sind Inhaberinnen eines Lampengeschäftes in der Kantstraße. Schon vor einem Jahre hatten die beiden Damen recht heftig mit finanziellen Sorgen zu kämpfen, ihr Unternehmen stand fast vor dem Konkurs. Durch die Unachtsamkeit ihres Kaufburschen wurden die Schwestern dann auch noch um eine kleinere Summe geschädigt und gerieten dadurch so in Zorn, daß sie sich zu einer Nötigung und Körperverletzung hinreißten ließen. Vor dem Schöffengericht wurden beide deswegen zu einer Geldstrafe von je 500 M. verurteilt.

Jetzt fand vor der Strafkammer des Landgerichts III die Berufungsverhandlung statt. Noch einmal wurde von den Vorgängen gesprochen, die vor ungefähr einem Jahre zu den unangenehmen Folgen führten. Der Kaufbursche sollte eines Nachmittags 95 Mark einlösen, kam aber erst des Abends wieder nach Hause, lieferte aber weder das Geld ab, noch ließ er ein Wort darüber verlauten. Am nächsten Morgen durchsuchte er vergeblich alle Taschen, das abgehobene Geld ist verschwunden. Der Junge erzählt endlich, er wäre auf dem Rückweg über den Weihnachtsmarkt gegangen. Nun sei es sehr gut möglich, daß er die 95 Mark entweder verloren habe, oder daß sie ihm gestohlen worden wären. Vom nächsten Tage an läßt er sich dann gar nicht mehr sehen, sendet aber seine damals 15jährige Schwester, die ihn entschuldigen und gleichzeitig erklären soll, daß er das Geld verloren habe. Die Geschwister C. sollen nun unter fortwährenden Schimpfworten wie Diebe und Mitschuldige auf das junge Mädchen eingestürzt sein und sie sofort geschlagen haben. Außerdem rissen sie ihr noch den Mantel vom Leibe, um ihn für das verlorene Geld einzubehalten. Nun wurde auch die Schwester des Jungen während und soll gefolgt haben: „So etwas kann einem natürlich nur bei Juden passieren, die ja die Christen bloß ausnützen!“ Die angeklagten Schwestern behaupten, erst nach dieser Bemerkung hätten sie auf das Mädchen eingeschlagen und ihr den Mantel entrißten. Schon am nächsten Tage waren die Wunden völlig genesen, dann hätten sie auch die anderen Widerwärtigkeiten vollends kampflos gemacht, sonst wäre dies Alles nicht vorgekommen. Das Gericht ließ diese Einwände insofern gelten, als es die Gesamtstrafe auf 150 Mark erniedrigte, und zwar 100 Mark wegen der Nötigung und 50 Mark für die Körperverletzung.

Zu der Tragödie in der Autodrohke wird mitgeteilt, daß jetzt auch die Person der Dame festgestellt ist. Es ist die Frau des bekannten Tiermalers Kuhnerl. Sie liegt im Krankenhaus noch vernehmungsunfähig darnieder. An ihrem Aufkommen wird noch wie vor gezweifelt. Die Charlottenburger Kriminalpolizei hat durch den Erkennungsdienst den Befund im Wagen photographisch aufnehmen lassen. Die Frage, ob Frau K. den Freiherrn von Krane oder dieser sich selbst erschossen hat, kann mit Bestimmtheit noch nicht beantwortet werden, ebensowenig, ob die beiden im Einverständnis miteinander gehandelt haben.

Wegen einer Kesselexplosion wurde am Mittwoch die Feuerwehr nach der Vorfabrik von Warmbrunn u. Co. in der Erasustrasse in Charlottenburg gerufen, wo Vade in Brand geraten waren und zwei Arbeiter so schwere Verletzungen im Gesicht und an den Händen erlitten hatten, daß sie unverzüglich nach einem Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Flammen konnten auf ihren Herd beschränkt werden.

Pädagogische Bildspielgemeinde im 20. Bezirk (E. B.). Heute abend 8 Uhr in der Aula der Schule 5a, Reinickendorf West, Auguste-Viktoria-Allee 37, Vortrag mit Lichtbildern des Genossen Dr. M. H. Johann „Mit Rudolf und Zelt von Kochen bis Afrika“. Gäste willkommen. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Tabelle zum Ablesen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn. Die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Tabelle zum Ablesen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn ist nunmehr fertiggestellt und kann durch die Reichsdruckerei in Berlin bezogen werden. Die Tabelle ist getrennt, nämlich erstens für zweistündliche und tägliche Entlohnung, zweitens für wöchentliche Entlohnung, drittens für monatliche Entlohnung aufgestellt. Jede Tabelle kann für sich bezogen werden. Der Preis der Tabelle für zweistündliche und tägliche Entlohnung beträgt 0,25 RM., der für wöchentliche Entlohnung 0,50 RM., und der für monatliche Entlohnung 0,25 RM. Bei Abnahme von mehr als 100 Stück ermäßigt sich der Preis nach Vereinbarung mit der Reichsdruckerei. Die Zusendung der bestellten Stücke erfolgt, soweit nicht der Betrag im voraus auf das Postcheckkonto Nr. 4 der Reichsdruckerei Berlin RM 7 eingezahlt ist, durch Nachnahme zuzüglich der Postkosten.

Schweres Schiffsunglück auf der Weser.

Fünf Seeleute ertrunken.

Bremen, 24. September. (Z.N.) Mittwoch abend gegen 11 Uhr ereignete sich auf der Weser bei Begeck, in der Nähe der Bullenwerft, ein schwerer Dampferunfall. Der 7000 Tonnen große Dampfer „Wogland“ der Hamburg-Amerika-Linie, der von dem Kapitänleutnant „Wega“ geleitet wurde, geriet auf Grund und brühte dabei so stark den Schlepddampfer, daß dieser zum Kentern gebracht wurde. Der Schlepddampfer sank sofort. Fünf Mann der Besatzung sind ertrunken. Der Dampfer „Wogland“ wurde nach 2 Stunden wieder flott und konnte seine Fahrt fortsetzen.

Der Mord an Professor Rosen.

Eröffnung der Voruntersuchung.

Breslau, 24. September. (Z.N.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat der Untersuchungsrichter gegen drei hiesige Untersuchungsgefangene, nämlich die Arbeiter Paul Hanke, Erich Ramming und Alois Fleischer die Voruntersuchung eröffnet, da sie unter dem Verdacht stehen, an der Ermordung des Professors Rosen und des Schuhmachers Stod beteiligt zu sein. Alle drei sitzen wegen einer anderen Sache im hiesigen Untersuchungsgefängnis. Hanke ist erst kürzlich aus dem Gerichtshaus in Görlich, wo er eine längere Strafe zu verbüßen hatte, ausgebrochen. Die Voruntersuchung gegen Fleischer ist auf eine frühere Selbstbegleichung, die er später zurückgezogen hat, zurückzuführen.

Großfeuer in aller Welt.

Siegen, 24. September. (Z.N.) In Niederfischbach brannten die Weizenmühle und das Getreidelager der Firma Martin Beder völlig nieder. Sämtliche Getreidevorräte sind vernichtet. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Die Entstehungsursache ist wahrscheinlich auf Kurzschluss zurückzuführen. Der Betrieb ruht augenblicklich vollständig.

Waldau, 24. September. (Z.N.) In dem Dorfe Kollins Schladewie brannten zweihundert Gebäude nieder. Der Verlust beträgt mehrere Millionen. Etwa sechzig Familien sind obdachlos.

Gewerkschaftsbewegung

Der revolutionäre VBWJ.

Im allgemeinen ist man geneigt, anzunehmen, daß Ingenieure, Werkmeister und leitende kaufmännische Angestellte zu den sogenannten Mittelschichten gehören, die dank ihrer höheren Bezahlung über die große Masse der Arbeiter hinausgehoben sind. Daraus ergibt sich auch die Annahme, daß diese bessergestellten Lohnarbeiter eine proletarische Gemeinschaft nicht anerkennen und den gewerkschaftlichen Kampf ablehnen.

Ran streifen gegenwärtig bei Massen-Schwartzkopf in Wilmersdorf die Werkmeister. Man darf wohl sagen, daß ein Werkmeisterstreik keine alltägliche Erscheinung ist. Man muß hinzufügen, daß die Werkmeister, insbesondere in der Berliner Metallindustrie, eine außerordentliche Geduld an den Tag gelegt haben. Wenn sich die Werkmeister in dem genannten Betrieb entschlossen haben, zum letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel zu greifen, so haben sie wahrlich alle Ursache dazu.

Aber nicht nur die Werkmeister allein. Man wird staunen, wenn man erfährt, wie der VBWJ die Gehaltstabelle für Ingenieure, kaufmännische Angestellte und Werkmeister festgesetzt wissen will. Nach dem gegenwärtig gültigen Tarif beträgt das Gehalt eines Werkmeisters 215 M., zu dem je nach Belieben eventuelle Leistungszulagen treten. Man wird annehmen, daß es sich um einen Wochenlohn handelt. Diese 215 M. sind jedoch das Monatsgehalt eines fachkundigen Werkmeisters in verantwortlicher Stellung! Die eventuell gezahlten Leistungszulagen werden nicht etwa gezahlt wie gewisse Akkordzuschläge, stützen sich also nicht auf eine tatsächliche Leistung, sondern hängen ganz von dem Belieben der Direktion ab. Ohne die Gehälter, die für Werkmeister im Ausland gezahlt werden, heranzuziehen — man kann wohl sagen, daß in Amerika kein Stiefelpuder für einen solchen Lohn arbeiten würde — genügt es vollkommen, darauf hinzuweisen, daß nicht nur in einer ganzen Anzahl von Betrieben die Facharbeiterlöhne höher sind als die Tariflöhne der Werkmeister in der Berliner Metallindustrie, sondern daß in der Berliner Metallindustrie selbst die tatsächlich verdienten Löhne der Facharbeiter vielfach nicht unerheblich über die Tariflöhne der Werkmeister und Obermeister hinausgehen.

Aber nicht nur die Werkmeister werden so hundertmal entlohnt. Auch die Tarifgehälter der Ingenieure sind nicht höher. Ein Betriebsingenieur hat ein Anfangsgehalt von monatlich 100 M. und schreibt 210 M., das bei einem Betriebsingenieur, der 7 oder 8 Obermeister unter seiner Leitung hat, auf 290 M. steigt. Das sind, wie wir ausdrücklich nochmals betonen, Monatsgehälter. Auch hier gibt es je nach Belieben des Unternehmers sogenannte Leistungszulagen.

Noch schlimmer sieht es mit den Gehältern der kaufmännischen Angestellten aus. Ein kaufmännischer Angestellter in der Gruppe K III, d. h. ein selbständiger Kassierer, Buchhalter, der monatliche Kalkulationen selbständig ziehen kann, Statistiker, Vorsteher und Leiter von Abteilungen, bekommt ein monatliches Tarifgehalt von 175 M.! Ein selbständiger Einkäufer, der Kaufverträge abzuschließen berechtigt ist, hat ein Tarifgehalt von 210 M. Auch hier sind sogenannte Leistungszulagen dem Belieben des Unternehmers überlassen.

Man muß schon sagen, daß der VBWJ, dessen Vorsitzender bekanntlich zugleich Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist, sich ausgezeichnet darauf versteht, die Kreise der Angestellten, die sich vor dem Kriege zum guten Teile etwas „besseres“ als „gewöhnliche Arbeiter“ dünkten, zu revolutionieren. Kein sozialdemokratischer agitator könnte so durchschlagende Argumente anwenden, wie der VBWJ, mit seiner Proletarisierung der verantwortlichen Betriebsangestellten.

Dieses schmachvolle System müßte auf die Dauer notwendig auch zu einer Verlotterung der Betriebe führen. Es wird weiter dazu führen, daß die tüchtigen Kräfte ins Ausland abwandern, wo sie vier-, fünfmal und noch höher bezahlt werden als in den Betrieben der Berliner Metallindustrie, wo es vor allen Dingen auf qualifizierte Höchstleistung ankommt. Unter diesen Umständen wird sich niemand, am allerwenigsten der VBWJ, wundern dürfen, wenn jetzt auch die kaufmännischen und technischen Angestellten dazu übergehen, mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes sich das zu holen, was die reaktionäre Kurzsichtigkeit der Unternehmer ihnen zu geben verweigert.

Wegen Lohnunterschieden haben die Arbeiter und Arbeiter der Kohlen- und Speditionen sowie Arbeiter der Eisenbahn in Spandau am Dienstag vormittag die Arbeit eingestellt. Zuzug noch Spandau ist fernzubalten. Deutscher Verkehrsbund, Bezirk Spandau.

Internationale der Lebensmittelarbeiter.

Die Internationale Union der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie hielt am 20. und 21. September in Kopenhagen ihren 3. Internationalen Kongress ab. Dieser Tagung war ein Kongress der skandinavischen Verbände der Lebensmittelarbeiter und der 4. Weltkongress der Bäckerarbeiter vorangegangen.

Die Verbände der drei skandinavischen Länder beschloßen den Zusammenschluß zu einer Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der Internationalen Union, um sich bei Großkämpfen gegenseitig finanziell und moralisch zu unterstützen. Auf dem Weltkongress der Bäckerarbeiter waren neben dem Vorstand der Internationalen Union 31 Delegierte aus 14 Ländern vertreten. Hauptgegenstand der Beratungen war die Durchführung der Rati-

Genossen und Genossinnen!

Sonntag, den 27. September, vormittags, in allen Abteilungen Groß-Berlins

Verbreitung der Extra-Ausgabe des Vorwärts

Für alle Parteimitglieder ist es Ehrenpflicht, hierbei mitzuwirken.

Die Ratifizierung des von der 7. Internationalen Arbeiterkonferenz angenommenen Lebereinkommens über die Arbeit in den Bäckereien, das Anfang September den Regierungen zuging mit dem Ersuchen, die Ratifizierung bis zum 1. Januar 1927 zu vollziehen. Der Kongress stellte über das Lebereinkommen hinaus die Forderung, nach einer Betriebsruhe von 8 Stunden und nach frühestem Arbeitsbeginn um 6 Uhr morgens auf, während das Lebereinkommen die siebenstündige Betriebsruhe und den 5. Uhr, in besonderen Ausnahmefällen sogar den 4. Uhr-Arbeitsbeginn vorschreibt. Der Kongress beschloß, überall die Ratifizierung zu verlangen und, falls sich einzelne Landesregierungen weigern, mit den Kampfmitteln der Gewerkschaften der Ratifikation des Lebereinkommens zur Durchführung zu helfen. Der Kongress gab der Erwartung Ausdruck, daß die Bäckerarbeiter dabei die Unterstützung der politischen und gewerkschaftlichen Landeszentralen finden werden.

Dem Internationalen Kongress der Union wohnten 61 Delegierte von 23 Landesorganisationen bei, die sich auf 14 Länder verteilen. Nach lebhafter Diskussion über die Aufnahmebedingungen wurde gegen die Stimmen der russischen Delegierten der Antrag des Unionvorstandes angenommen, wonach von einem Lande nur eine Organisation aufgenommen werden kann, und zwar diejenige, die der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentrale angehört. (Die russische Organisation, die der Internationale der Lebensmittelarbeiter angehört, wollte offenbar für die „Einheitsfront“ wirken, indem sie die Spaltung unterstützt.) Dementsprechend wurden der finnische und der rumänische Lebensmittelarbeiterverband aufgenommen, die Aufnahme eines französischen Verbandes und eines zweiten rumänischen Verbandes Moskauer Richtung wurde dagegen abgelehnt. Eine ausgedehnte Aussprache schloß sich auch an den Bericht über die Tätigkeit der Union seit ihrer Gründung im Jahre 1920, wobei sich die Russen besonders gegen die Eingliederung der Union in den I.G.B. wandten. (Siehe Einheitsfront.) Der Kongress beschloß jedoch mit 52 gegen 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die auf dem Wiener Kongress des I.G.B. beschlossenen Richtlinien für die Berufsinternationalen auch für die Union als bindend anzuerkennen. Daraufhin wurde der Bericht mit allen gegen die Stimmen der Russen genehmigt.

Am 2. Verhandlungstage referierte der Sekretär der Union, Genosse Schifferstein, über internationale Organisationsfragen. Ausführlich behandelte er die Schaffung von Industrieverbänden in der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie. Er vertrat den Standpunkt, daß der Gründung von Industrieverbänden die größte Aufmerksamkeit zu schenken sei. Internationale Aktionen müßten dem I.G.B. überlassen bleiben. Die ausführliche Aussprache endete mit der Annahme mehrerer Entschlüsse, in denen es u. a. als eine der wichtigsten und nächstliegenden Aufgaben die Umgestaltung von Berufsverbänden in Industrie-

organisationen gefordert wird. Eine weitere Entschlußfassung fordert Angliederung aller Berufsindustrieverbände an ihre Landeszentrale, die zuständigen Berufsinternationalen und die Zusammenfassung im Internationalen Gewerkschaftsbund. Ein Referat von Diermeier, über den Kampf um den Achtstundentag in den verschiedenen Ländern bildete den Abschluß des Kongresses.

Vertreterversammlung des AFA-Ortskartells.

Gegen das reaktionäre Schulgesetz.

In der dritten diesjährigen Vertreter-Versammlung des Ortskartells Berlin des AFA-Bundes wurde vom Vorsitzenden A. J. a. u. der Arbeitsbericht über das zweite Quartal gegeben, sowie eine Uebersicht über die Ergebnisse des AFA-Gewerkschaftskongresses. Weiter wurde über den A.D.B.-Kongress in Dresden berichtet. Nach einer sachlichen Diskussion über diese Tagesordnungspunkte hielt Lehrer Dinse ein Referat über den vorliegenden Entwurf zum Reichsschulgesetz. Hierzu wurde von der Vertreter-Versammlung einstimmig folgende Entschlußfassung angenommen:

Die Vertreter-Versammlung des Ortskartells Berlin des AFA-Bundes hat in ihrer Sitzung vom 21. September 1925 Kenntnis genommen von dem Reichsschulgesetzentwurf und erklärt dazu:

Der Wiederaufstieg und das Erstarken der deutschen Wirtschaft wird allgemein gefordert. Neben der Erfüllung der wirtschaftlichen Voraussetzungen, zu denen die Forderungen des AFA-Bundes und seiner Gewerkschaften bei anderer Gelegenheit zum Ausdruck gebracht wurden, erscheint eine weitere notwendige Voraussetzung, daß jeder Staatsbürger unter Einfluß aller Arbeitnehmer zu klarem Denken und starkem Willen erzogen wird. Dem trägt der Gesetzentwurf nicht nur nicht Rechnung, sondern er unterbindet jede dahin wirkende Erziehung. Die mit dem Gesetzentwurf geplante Auslieferung der Schule an die Kirche würde eine geistige Vergewaltigung des deutschen Volkes bedeuten. Durch die Annahme des Gesetzentwurfes würde mit Notwendigkeit ein neuer Kulturkampf herausbeschoren werden. Aus diesen Gründen lehnen die AFA-Vertreter den Entwurf einstimmig ab und fordern ein Reichsschulgesetz, das modernen pädagogischen Erkenntnissen und dem wirklichen Geiste des Artikels 146 der Reichsverfassung entspricht.

In einer freien Republik muß die Erziehung vor allem anderen auf die Erkenntnis der wahren sozialen und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge gerichtet sein.

Lohnbewegung der Gemeindearbeiter.

Wie wir vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband erfahren, ist der Lohn mit dem Elektrizitätswerken zum 3. Oktober, sowie der mit den Gas- und Wasserwerken und der Gasbetriebsgesellschaft zum 1. Oktober gekündigt worden. Für alle Werke ist eine einheitliche Erhöhung der bestehenden Löhne um 10 Pf. gefordert worden. Auch für die Arbeiter der Kammereibetriebe ist eine gleiche Lohnforderung gestellt.

Lohnbewegung der Gold- und Silber Schmiede.

In einer Versammlung der Gold- und Silberschmiede am Mittwoch im „Dresdner Garten“ berichtete Trettenje über die Lohnverhandlungen.

Am Ende des vorigen Monats wurde den Unternehmern die Forderung unterbreitet auf Erhöhung der Löhne um 20 Pfennige. Die Unternehmer lehnten die Verhandlungen zwar nicht ab, verzögerten sie aber bis nach der Beendigung der Messe. Als es dann endlich zu Verhandlungen kam, erklärten sie, wegen der angeblich sehr schlechten Beschäftigung zu einer Lohnhöhung nicht in der Lage zu sein. Die Arbeitzeiterforderungen seien von ihnen nicht künstlich herbeigeführt, sondern lediglich eine Folge der mangelnden Aufträge. Die Branche werde überhaupt bald gänzlich verschwinden. Trotzdem die Behauptungen der Unternehmer durch Beweismaterial der Organisationsleiter entkräftet wurden, kam es zu keiner Einigung. Die Organisation hatte schon vor den Verhandlungen den Schlichtungsausschuß angerufen, da aus den Schreiben der Unternehmer im voraus zu ersehen war, daß es zu keiner Verständigung kommen würde.

Die Versammlung beschloß, zunächst erst den Spruch des Schlichtungsausschusses abzuwarten, um dann endgültig zu der Situation Stellung zu nehmen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Reiser; Kultur: Reuter; A. A. Böhler; Polizei und Sozial: Fritz Rathke; Anzeigen: H. Glöck; ähnlich in Berlin. Verleger: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Carl Ziemer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Allgemeine Ortsstrantantafte Berlin-Wilmersdorf.

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 79 der Satzung für die Wahllokalität vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1926 in gütiger Wahlhandlung zu wählen:
20 Vertreter und 40 Ergänzmänner aus der Mitte der Arbeitgeber und 40 Vertreter und 80 Ergänzmänner aus der Mitte der Beschäftigten.
Die Wahlberechtigten wählen am Sonntag, den 9. November 1925, während der Zeit von 11 bis 8 Uhr abends im Restaurant „Rotes Kreuz“ (1. Trepp) die Wahlberechtigten am Sonntag, den 10. November 1925, nachmittags von 4 bis 8 Uhr abends im Restaurant „Rotes Kreuz“ (1. Trepp).
Die Wahl ist geheim und wird durch den Vorstand geleitet.
Bezüglich der Wahlberechtigung sowie Wahlbarkeit der Beschäftigten und Arbeitgeber verweisen wir auf die Bestimmungen im § 79 der Satzung.
Die wahlberechtigten Arbeitgeber und Beschäftigten werden hiermit aufgefordert, Wahllokalität, gefordert für die beteiligten Arbeitgeber und Beschäftigten, dem unterzeichneten Vorstand bis spätestens zum 11. Oktober 1925 unter der Adresse: „Wahllokalität Berlin-Wilmersdorf, Rotes Kreuz 173a“ einzureichen.
Die Stimmabgabe ist an diese Wahllokalität gebunden.
Verbundene Wahllokalitäten werden nicht zugelassen.
Über die Aufstellung, Unterzeichnung, Prüfung und Zulassung der Wahllokalitäten, über den Gang der Wahl, Stimmabgabe, Stimmzettel und Schluß der Wahlhandlung gelten die Bestimmungen der Wahlordnung, welche im Restaurant „Rotes Kreuz“ erhältlich sind. — Stimmzettel müssen

Tapeten

25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Wesenauswahl in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Etage, kein Laden.
(Ringfreier, daher Sonderpreis billiger.)
Sonderpreis erhält 9. Rabatt.

Bären-Stiefel

halberster
Qualitätsstiefel
für
Strasse und Sport
nur bei
H. Bähr, Spittelmarkt 7

Industrie- und Handelskammer zu Berlin.

Kaufmännische Schulen.

Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in Handelsschulen mit geschlossenen Lehrgängen in Jahres-, 1½- und 2-Jahres-Kursen sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern.
Auskunft und Prospekte
Berlin C1, Neue Friedrichstraße 33-36, II Tr.

Zigaretten

Vor der neuen Steuer noch zu staunend billig. Fabrikpreisen bis zum 1. Oktober.
2-Pf.-Zigaretten 14.00 11.50
Posten nach am Lager.
Zigarren
Gelegenheitsposten stets am Lager.
Versand nur gegen Nachnahme
Theodor Sommer
G. m. b. H.
Neue Schönhauser Str. 4-5
im Laden.
Vorzeiger dieses Inserates erhält bei Einkauf von 30 Mark 100 2-Pf.-Zigaretten gratis.

A. Behelm - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule

(Inh. F. Egert)
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1½-Jahres- und 2-Jahres-Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1763.
Fahrräder
Leichtmotorräder auf Teilzahlung
ZETTA
Oranienburger Straße 65.
Räder werden bei Anzahlung mitgegeben.



Ich, der Meister Sy-o-tse pflanze
MESSMERS Souchong-Tee!
Photoapparate, Feldstecher
Spezialien Sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Kerrenstiefel

echt Rindbox
6 90
GROSS
DEUTL.

Unser Preis-Abbau

Kamelhaarstoffschuhe, Kinderstiefel | auch die soliden Straßenschuhe für Herren und Damen
in großer Auswahl, billig
8⁰⁰ 9⁰⁰ 11⁰⁰ 14⁰⁰ 16⁰⁰ 7⁰⁰ 5⁰⁰

Schuh-Lokal

Münzstr. 25 // Kottbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54

Echt R'Chevreuse

moderne 1 oder 2 Köpfe
gr. 35-41
9 80
Lack-Spangenschuhe
moderner Schnitt, echt
Louis XV oder halbhoch
Abatz 11.00 amerik. Abatz